



Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Rathausstraße 11
58095 Hagen
Telefon: 02331 207-5529
Fax: 02331 207-5530

26.01.2010

**Pressemitteilung (PM 001/2010)
Fraktion Hagen Aktiv**

RP zur Einhaltung zwingen

Für kommenden Donnerstag, den 28.01.2010, wurde eine Sondersitzung des Rates der Stadt Hagen zum Neubau des Hagener Tierheims angesetzt, da der RP Mitte Dezember mitgeteilt hat, dass er die Freigabe der Mittel aus dem Konjunkturpaket II für diese Maßnahme zurückgenommen hat.

Nachdem die Fördermittel am 19.06.2009 beantragt und anschließend auch bewilligt worden sind – und zwar durch die Bezirksregierung in Arnsberg - ist dieser Schritt unverständlich.

„Juristisch gibt es für die Bezirksregierung in Arnsberg keine Grundlage, der Stadt Hagen die Fördermittel für diese Maßnahme vorzuenthalten. Nach unserer Einschätzung wird hier bewusst auf Zeit gespielt und darauf spekuliert, dass die Stadt Hagen aufgrund des engen Terminplans und der leeren Kassen weder in bauliche Vorleistungen noch in einen langwierigen Rechtsstreit gehen kann. Dies hat zur Folge, dass die Fristen für den Abruf der Gelder aus dem Konjunkturpaket verstreichen, und die Stadt Hagen auf den bereits getätigten Planungskosten sitzen bleibt und somit den Haushalt zusätzlich belastet“, so Dr. Josef Bücker, Fraktionsvorsitzender von HAGEN AKTIV. Im Hinblick auf den ergangenen rechtsverbindlichen Zuwendungsbescheid muss die Stadt Hagen notfalls gegen den RP die geeigneten juristischen Schritte einleiten, wie z.B. einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gemäß § 123 VwGO.

Hagen Aktiv fordert deshalb Herrn Regierungspräsident Diegel auf, sich an seine bereits getätigten Zusagen zu halten, so dass der Neubau des Tierheims umgehend realisiert werden kann.

Da der Haushalt der Stadt Hagen bereits stark belastet ist, ist auch die Stadtverwaltung gefordert, indem sie umgehend mögliche Einsparpotenziale prüft und bei der Umsetzung der Maßnahme generiert. Das Wohl der Tiere, aber natürlich auch der dort beschäftigten Mitarbeiter, die derzeit ihre Arbeit unter untragbaren Bedingungen verrichten müssen, muss im Vordergrund stehen.